

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 61 (1988)

Heft: [11]

Anhang: Bildungspolitische Beilage der Schweizer Erziehungsrundschau 11/1988 = Supplément de la Revue suisse d'éducation 11/1988

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Weiterbildungs-offensive des Bundes und die Privatschulen

Markus Kamber

Vor gut einem Jahr hat Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz das Projekt «Weiterbildungsoffensive des Bundes» vorgestellt. Weiterbildung sei die grosse Herausforderung der künftigen Bildungspolitik. Die Wirtschaft beklage sich über den Mangel an qualifizierten Mitarbeitern; dies gelte vor allem im Bereich der Informationstechnologie. Einen sich verschärfenden Mangel meldeten aber auch das grafische Gewerbe, die chemische Industrie, die Metall- und Maschinenindustrie, die Uhrenindustrie und das Baugewerbe.

Aus dieser Mangelsituation schliesst der Bundesrat, es bestehe eine grosse klaffende Weiterbildungslücke, die vor allem durch die höheren Fachschulen zu schliessen wäre, indem sie aufgerufen seien, den im Erwerbsleben stehenden Fachleuten in Kaderpositionen den Anschluss an den technologischen Fortschritt zu vermitteln.

Wie kommt der Bund dazu?

Der anhaltende technologische Wandel in praktisch allen Berufsbereichen bedingt eine ständige Anpassung der beruflichen Qualifikationen, um die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sicherzustellen. Um diese Voraussetzung zu erfüllen, sind Weiterbildungsangebote notwendig. Diese Feststellungen sind trivial. Selbstverständlich sollte eigentlich auch sein, dass die Gesetzmässigkeiten der Marktwirtschaft im Bereich der Weiterbildung ebenfalls gelten. Mit anderen Worten: Wo eine Nachfrage besteht, ergibt sich auch ein Angebot, ohne dass es dafür einer obrigkeitlichen Einmischung bedarf.

Zwei Bundesämter haben eine Umfrage in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, das Weiterbildungsverhalten der schweizerischen Bevölkerung zu ermitteln.

Einige summarische Ergebnisse

Ganz kurz zusammengefasst: 40 Prozent der erwachsenen Bevölkerung hat in den letzten drei Jahren eine Weiterbildungsveranstaltung besucht. Keinerlei Weiterbildung wurde vor allem wegen zu hohem Alter oder zu grosser zeitlicher Belastung absolviert. Fehlendes Geld und fehlende Angebotsmöglichkeiten sind bei 9 Prozent Hinderungsgründe für den Besuch von Weiterbildungskursen.

Die Kursanbieter

Als Veranstalter der Weiterbildung wurden genannt: Arbeitgeber (30 Prozent), private Schulen und Institutionen (20 Prozent), Gewerkschaften und Berufsverbände (19 Prozent), öffentliche Schulen (13 Prozent), Berufs- und Fachschulen (12 Prozent). Über 40 Prozent der Kursbesucher erhielten weder ein Diplom noch eine Bestätigung und nur etwa ein Drittel hat einen Kurs mit Abschlussprüfung besucht. Aus der Umfrage resultieren selbstverständlich noch viele andere Ergebnisse, auf die wir hier jedoch nicht eingehen, weil sie mit unserer Betrachtung direkt nichts zu tun haben.

Rechtfertigungsgründe für eine staatliche Offensive?

Wenn die grundsätzlichen Aussagen des Vorstehers des Eidgenössischen Departements des Innern etwas konkretisiert werden, so kristallisieren sich folgende Rechtfertigungsgründe für das ambitionöse Projekt des Biga heraus (gemäss Dr. R. Natsch):

- Die Wirtschaft manifestiert schon heute eine grosse Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften.
- Der Innovationsschub wird noch zuneh-

men und erweist sich für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft geradezu als *conditio sine qua non*.

- Die Lehrlingszahlen sind in Abnahme begriffen; die sich abzeichnende verminderte Kapazität ist daher durch Qualifizierung älterer Arbeitnehmer aufzufangen.

Die Sache mit der Subsidiarität

Bundesrat Delamuraz hat bei der Ankündigung der eidgenössischen Bildungsoffensive erklärt, die Frage der finanziellen Konsequenzen einer aktiven Weiterbildungspolitik für die öffentliche Hand werde noch zu diskutieren sein. Im Weiterbildungsbereich habe der Staat grundsätzlich subsidiär tätig zu sein.

Diese Worte sind in den Ohren der Privatschulen nicht reine Schmalmei, weil über die Auslegung des Begriffes «Subsidiarität» sehr wohl unterschiedlichste Auffassungen bestehen können. In der Aussprache mit dem Biga kam die Furcht der Privatschulen, berufliche Weiterbildung werde verstärkt in den Berufsschulen – wegen des Rückgangs der Lehrlingszahlen, überdimensionierten Ausbildungsräumen und freien Kapazitäten beim Lehrkörper – integriert, sehr deutlich zum Ausdruck. Dr. R. Natsch erklärte zwar, die Beschäftigung von Berufsschullehrern stelle kein Kriterium für die Ausgestaltung der Weiterbildungsoffensive des Bundes dar. Sobald aber die Aufgabenteilung zwischen öffentlicher und privater Schule in der Weiterbildung konkret diskutiert wird, hätte nur letztere Federn zu lassen.

Wettbewerb ohne Stellenwert?

In fast allen wirtschaftspolitischen Bereichen wird dem Wettbewerb als zentralem Steuerungsinstrument in der Marktwirtschaft höchste Achtung gezollt. Mit der Weiterbildungsoffensive des Bundes öffnet sich eine neue Perspektive, bei der die wettbewerbspolitischen Grundsätze nicht sonderlich hochgehalten werden sollen. Prof. Dr. H. Kleinewefers hat zur Studie der Schweizerischen Hochschulkonferenz in einem ähnlichen Fall sehr pointiert geschrieben, es werde von vornherein eine angebots- und nicht eine nachfrageorientierte Perspektive eingenommen. Die Nachfrage werde einfach vorausgesetzt, bzw. als objek-

tiver gesellschaftlicher Bedarf fingiert, dem nötigenfalls durch steuerliche Finanzierung, Bildungsurlaub und Stipendien nachgeholfen werden solle (NZZ 22.10.87)

Aktivitäten im Überfluss

Vor dem Hintergrund eines scheinbar schier unbändigen Willens des Staates, in die bislang vornehmlich privatwirtschaftlich betriebene Weiterbildung einzugreifen, wird eine harte und unmissverständliche Politik zur «Weiterbildungsoffensive des Bundes» unausweichlich. Obschon eine solche in den zuständigen Organen der Privatschulverbände noch nicht abschliessend beraten ist – zumal sich das Interesse an diesem Problem nicht in allen Privatschulkreisen in gleichem Masse und in gleicher Dringlichkeit stellt – könnte man sich vorstellen, dass die Formulierung einer privatwirtschaftlichen Weiterbildungspolitik die nachstehenden Eckpunkte klärend abdecken müsste:

Koordinaten der Weiterbildungspolitik

- Weiterbildung ist eine Herausforderung. Für die Zukunftsbewältigung unseres Landes ist sie von grosser Bedeutung. Im Sinne einer Klarstellung ist jedoch wesentlich, dass mit dem neuen Betätigungsfeld des Bundes die *berufliche Weiterbildung* anvisiert ist. Alle in irgendeinem Zusammenhang mit der Weiterbildung geplanten Schritte haben sich auf sie zu beschränken. Kompetenz und Legitimation, über die berufliche Weiterbildung hinausgehend in die Bildung einzugreifen, fehlen.
- Der Bund macht mit einer gewissen Dramatisierung geltend, die *Nachfrage nach Weiterbildung* sei nach seinen Vorstellungen ungenügend. Es sei nun mit Nachdruck und mit den entsprechenden Propagandamitteln dafür zu sorgen, auf die Notwendigkeit der beruflichen Weiterbildung hinzuweisen. Die Privatschulen können sich dieser Aufputschung der Weiterbildung nicht anschliessen. Der Vernunft des Einzelnen und seiner Einsicht in die Notwendigkeit zur beruflichen Weiterbildung sollte etwas mehr Vertrauen entgegengebracht werden. Es ist seltsam, die poli-

tische Vernunft des Schweizers in der direkten Demokratie immer wieder voller Stolz zu unterstreichen, dem gleichen Bürger in der Frage der sich für die Bewältigung der Zukunft aufdrängenden Anpassung seiner beruflichen Kenntnisse jedoch die Klarsicht abzusprechen.

- In der Weiterbildungspolitik darf der Staat nicht durch Finanzierung und Stipendien-gewährung eine angebotsorientierte Aktivität entfalten, mit der eine offensichtlich fehlende Nachfrage ausgelöst werden soll. Die Aufgabe des Staates in der Weiterbildung *beschränkt* sich auf
 - Gewährung, Normierung und Kontrolle von Weiterbildungsabschlüssen
 - Beseitigung der Hürden für die Zulassung zu Prüfungen
 - Propagierung der Weiterbildung in der Öffentlichkeit
 - Unterstützung der Transparenzverbesserung über das Weiterbildungsangebot durch geeignete Information.
- In der vorerwähnten Umfrage geben nicht einmal 10 Prozent fehlendes Geld oder Ausgabebereitschaft für die ausgebliebene Weiterbildung an. Diese Zahl rechtfertigt keine aufwendigen Finanzausschüsse der öffentlichen Hand. Wenn indes aus politischen Gründen subventioniert werden muss, dann sollen die *Weiterbildungsabsolventen* und nicht die Weiterbildungsinstitutionen finanziell durch den Staat gefördert werden.

Offensive de formation continue

Résumé sommaire d'une entrevue de représentants des écoles privées à l'OFIAMT. Cette réunion était présidée par M. R. NATSCH, directeur-adjoint de l'Office.

1. Remarques préliminaires

- Les représentants des écoles privées s'interrogent sur la nécessité d'une telle Offensive de formation continue (OFC) voulue par l'OFIAMT.

A cet égard, M. NATSCH rapelle les trois points suivants:

- L'économie manifeste un réel besoin de main d'œuvre qualifiée.
- L'innovation technologique ne cesse de s'accroître et l'adaptation de notre économie à de nouvelles techniques est une condition absolue de sa compétitivité.
- La statistique fait clairement apparaître une diminution du nombre des apprentis. Cette diminution quantitative des formations de base doit impérativement être compensée par une nouvelle qualification des travailleurs plus âgés.
- La formation continue a été jusqu'ici un domaine d'activité spécifique des écoles et institutions privées.
- On peut craindre que l'OFC conduise à confier la formation continue professionnelle aux écoles professionnelles existantes dans les divers cantons. On peut imaginer aisément qu'une diminution du nombre des apprentis libère des postes de professeurs qu'il conviendra d'utiliser pour ce type d'activité. Renoncer, pour cette formation, aux offres de l'économie de marché devrait être évité.

M. NATSCH modère ces craintes. Les institutions privées conserveront un rôle important dans ce domaine.

Les écoles privées préparent aujourd'hui déjà un certain nombre d'examens (Maîtrises professionnelles, diplôme de comptable, examens externes d'économistes d'entreprises, etc...). Une répartition des tâches continuera d'exister.

2. Comment peut-on motiver les travailleurs à entreprendre un perfectionnement professionnel?

- Le subventionnement d'écoles n'est pas souhaité par les représentants des écoles privées. Il faut, au contraire, une aide directe et individuelle. L'aide à l'individu par des allocations ou des bourses d'études qu'il suive une formation dans une institution publique ou privée paraît la seule formule compatible avec l'intérêt économique de la libre concurrence. C'est le rôle de l'Etat de définir des conditions cadres. L'aide individuelle ne peut que promouvoir la mobilité souhaitée du travailleur.
- On peut imaginer diverses formules: accorder un prêt sans intérêts pendant la durée des études. A l'obtention du diplôme final annuler le prêt qui sera considéré comme une bourse d'études.
- Les représentants de l'enseignement privé insistent pour que la Commission des finances demande aux Cantons d'attribuer des aides individuelles. D'autant plus que l'harmonisation du système des bourses d'études ne sera pas réglée dans un proche avenir.
- En outre, il convient aussi de proposer la déduction fiscale sur les impôts fédéraux («Défense nationale»).
- M. NATSCH pense qu'il y a différents moyens pour accroître la motivation. La voie des bourses ou des déductions fiscales en est une. Il ne faut pas sous-estimer l'aide que peut apporter notre économie. Dans ce contexte, il convient de signaler l'exemple soleurois: pour rendre plus attractifs les cours du Technicum du soir, tous ceux qui suivent cette formation ont congé dès le vendredi à midi! (Cette demi-journée supplémentaire, en fin de semaine, compense la ou les soirées passées à l'école).

3. La répartition des tâches entre privé et public

- Les écoles techniques et industrielles ne peuvent qu'être gérées par le service public.

- Dans le secteur des services, les écoles privées ont un rôle à jouer.
- Certains obstacles qui rendent l'admission aux examens officiels plus difficiles pour des candidats d'institutions privées doivent être supprimés. Certains perfectionnements professionnels ne sont ouverts qu'à des candidats détenteurs d'une OFC. Qu'il soit permis, dans le cadre d'une individualisation de la formation continue, à l'intéressé lui-même de juger si la formation acquise dans une institution privée lui permet de suivre les cours auxquels il s'annonce.
L'examen final dira s'il a eu tort ou raison. Un diplôme d'une école privée devrait être jugé équivalent.

4. Divers

- Si une association professionnelle crée une offre de formation continue et de perfectionnement professionnel avec une école privée, qu'elles sont les possibilités de subventionnement?
- Les représentants des écoles privées établiront un questionnaire en collaboration avec M. NATSCH pour faire un inventaire de l'offre actuelle de l'enseignement privé dans les divers domaines qui ont été discutés.

Traduction et adaptation de l'allemand par RSE